

Haushaltsrede

sehr geehrte Baden-Badener Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen.

Die Überschrift über den Doppelhaushalt 2018/2019 könnte lauten, wir können unseren Verpflichtungen nachkommen. Das war in den zurückliegenden Jahren nicht immer der Fall.

Die hohen Investitionen im Hoch- und Tiefbau, v.a. bei Straßen und Brücken, unterstreichen dies. Eingeschlossen dabei die Jahrhundertbaustelle Leopoldsplatz, die im kommenden Jahr ihren Abschluss finden sollte. Bei keiner Baumaßnahme der jüngeren Vergangenheit sind öffentlich so heftige Dissonanzen aufgetreten. Deren Ursprung lagen zum einen in den unterschiedlichen Vorstellungen was das reine Bauen anbelangt – Stichwort: Beton oder Asphalt – zum andern aber in der Preissteigerung im ersten Bauabschnitt, mehr noch in den verdächtig nahe beieinanderliegenden Angeboten für den zweiten Bauabschnitt. Das daraus resultierende staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren hat das Ansehen der städtischen Verwaltung geschädigt und lastet wie ein Damoklesschwert über unserer Stadt. Wir alle wissen, dass ein fauler Apfel im Korb manchmal genügt!

Noch einmal zurück zu den Investitionen: sie machen mit insgesamt 51 Millionen € ein knappes Viertel des Gesamthaushaltes aus. Einige, auch schon versprochene Sanierungsmaßnahmen (Lichtental!) sind allerdings bei der Aufstellung dazu auf der Stecke geblieben.

Angesichts dieser Summe für unsere Brücken, Straßen, Neubaugebiete, Schulen und Kindergärten stellt sich uns schon die Frage, wer um Himmels willen all dies umsetzen soll, angesichts der dünnen Personaldecke in fast allen Fachbereichen und angesichts des aktuellen Baubooms und den Schwierigkeiten, geeignete Firmen zu bekommen. Ob diese Absichtserklärungen – was Anderes sind sie nämlich nicht – mit dem Prinzip der Haushaltsklarheit, das besonders von der Frau

Oberbürgermeisterin fast gebetsmühenhaft betont wird, in Einklang zu bringen sind, daran haben nicht nur wir unsere Zweifel.

Insgesamt wirkt der Haushalt seltsam „uninspiriert“ nach dem Motto – wir machen das was vorgeschrieben ist.

Was er nicht aussendet sind jedoch Zeichen, wie unsere Stadt fit gemacht werden soll für die zukünftigen Herausforderungen, denen sie sich stellen muss.

Um nur wenige Beispiele zu nennen:

Das städtische Wohnungsbauförderungsprogramm muss trotz seiner guten Absichten nach zwei Jahren als fast gescheitert angesehen werden. Die soeben gescheiterte Erhöhung des städtischen Invests von 500.000 auf 1 Million Euro sollte zwar ein Zeichen sein, dass der Gemeinderat der Sache Programm weiterhin Priorität einräumt, aber dennoch muss die Frage erlaubt sein, ob dieses Programm tatsächlich dazu taugt, die bestehenden Probleme auf dem Wohnungsmarkt auch nur ansatzweise zu lösen, wenn bisher lediglich 40.000 € abgerufen worden sind. Ursachenforschung und Umsteuern sind dringend angesagt.

Ein weiteres Beispiel: Ebenfalls krachend gescheitert ist die Kampagne „Baden setzt auf 37“. Die ambitionierten Ziele, den Co2-Ausstoß deutlich zu verringern, werden nicht erreicht. Damit leistet die Stadt keinen Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel, den selbst Bundeskanzlerin Merkel zur „Schicksalsfrage der Menschheit“ erklärt hat. Im Gegenteil: mit dem Ausstieg aus der Windenergie und der dann überraschenden Entdeckung, dass Baden-Baden über keine Flächen verfügt, auf denen Photovoltaik-Anlagen Platz finden können, stehen wir „blank“ da, wie es so schön heißt. Wir wissen es und tun wenig dagegen. Wo sind z.B. kommunale Programme, die Photovoltaik-Anlagen von Privaten fördern, die Strom aus regenerativen Ressourcen für diese Stadt produzieren könnten?

Wie denken wir insgesamt die digitale Zukunft der Stadt? Entspricht der Breitbandausbau den Erfordernissen von Baden-Baden 4.0? Sollte sie – die digitale Zukunft – nicht strategisch, konzeptionell gedacht werden und nicht – was Baden-Badener Tradition zu sein scheint – zuschussabhängig, wie wir jüngst beim Programm „digitale Zukunftskommune“ mal wieder deutlich erfahren haben? Von der „smart-City“, vor einigen Jahren noch Lieblingsbegriff auch unserer OB, ist in letzter Zeit nur noch wenig zu hören und noch weniger zu sehen!

Wie gestalten wir die Mobilität der Zukunft in unserer Stadt und zwar unter generellen Gesichtspunkten, und nicht anlass- bzw. projektbezogen, wo bei jedem größeren Neubauvorhaben die Frage der Parkplätze im öffentlichen Raum das zentrale Thema zu sein scheint? Was müssen wir tun, um den ÖPNV attraktiver zu gestalten, um den Individualverkehr zu reduzieren usw.?

Wo bleibt die kritische Fortschreibung von Baden-Baden 2020, dem strategischen Entwicklungsplan für unsere Stadt als Basis unseres nachhaltigen Handelns?

Zu all diesen Bereichen sucht man die entsprechenden Finanzmittel im vorliegenden Haushalt vergeblich, es sei denn, man rechnet darunter das seit langen Jahren der Umsetzung harrende millionenschwere Verkehrsleitsystem, das sämtliche Innovationen, die in den letzten Jahren auf diesem Gebiet stattgefunden haben, souverän ignoriert und bei seiner für 2018/19 geplanten Umsetzung Lichtjahre hinter dem derzeitigen „state of the art“ hinterher hinken wird.

Vielleicht werden jetzt einige fragen: SPD, wo bleibt das Positive?

Hier kommt es:

Wir begrüßen ausdrücklich die Ausgaben für die Bildung sowohl was die Trägerinvestitionen in die Baden-Badener Schullandschaft anbelangt wie auch die in die frühkindliche Bildung. Wir bedauern aber, dass man unserem Begehren nach einer deutlichen Reduzierung der Gebühren für die vorschulische Betreuung der

Baden-Badener Kinder nicht entsprochen hat, ja offensichtlich froh war, formale Gründe zu haben, um einer inhaltlichen Auseinandersetzung aus dem Wege zu gehen. Dass die schulische Bildung gebührenfrei ist, die vorschulische dagegen kostenpflichtig, ist eine der Absurditäten in dem Land, das wie kein anderes auf den Rohstoff Bildung angewiesen ist. Heilbronn zieht ein positives Fazit einer gebührenfreien Vorschulkinderbetreuung, etliche Bundesländer ebenso. Und die selbsternannte kinderfreundliche Stadt Baden-Baden – nada, niente, zero!

Die SPD-Fraktion wird auf jeden Fall an diesem Thema dranbleiben, zum einen, weil die guten Gewerbesteuererinnahmen auch und gerade von den Eltern dieser Kinder erarbeitet werden, denen man auf diese Weise über eine kostenreduzierte Kinderbetreuung etwas zurückgeben könnte, zum andern aber auch, weil eine solche Entscheidung ein sozialpolitisches Signal aussendet und zur Attraktivität und Standortstärkung der Stadt unzweifelhaft beitragen wird.

Damit sind wir bei Baden-Baden als sozialer Stadt. Bei all dem hiesigen Glanz und Glamour, wird allzu oft vergessen, dass es auch bei uns Armut und Not (auch Kinderarmut und Kindernot) gibt, dass die Schere zwischen denen, die die Angebote der Stadtgesellschaft nutzen können und denen, denen der Weg dazu faktisch verschlossen ist, immer weiter auseinandergeht. Denn häufig scheitert die Teilnahme am Leben und an den Angeboten der Stadtgesellschaft, von Vereinen und Gruppierungen einfach daran, dass die Empfänger von Sozialleistungen sich die jährlich steigenden Fahrpreise des ÖPNV schlichtweg nicht mehr leisten können. Die Einführung eines Sozialtickets, als letzte kreisfreie Stadt in Baden-Württemberg übrigens, halten wir daher für dringend geboten.

Ich komme zum Schluss: Wie Kollege Schöpflin und Kollegin Böhlen bedankt sich auch die SPD-Fraktion bei all denen, die sich in diese Stadtgesellschaft einbringen, auf vielfältigen Ebenen und in unterschiedlicher Intensität und Ausprägung. Demokratie lebt vom Mitmachen, vom Streit um die bessere Lösung, von der

inhaltlichen Auseinandersetzung. Der wollen wir uns auch in Zukunft gerne stellen. Wir haben keine Ängste, diese inhaltliche Auseinandersetzung in den kommenden Jahren mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt auch in Bezug auf den Haushalt zu führen. Wir nutzen diese Gelegenheit, noch einmal den Bürgerhaushalt eindringlich einzufordern. Alle Kommunen mit diesem Beteiligungsinstrument haben ihre guten Erfahrungen damit gemacht. War nicht im letzten OB-Wahlkampf von allen Bewerbern/innen viel von Transparenz, Kommunikation und Beteiligung die Rede? Da würden nicht nur wir gerne Taten sehen.

Der Doppelhaushalt 2018/2019 ist also nur auf den ersten Blick ein solides Werk; weil es verwaltet, aber nicht gestaltet. Da er wesentliche Komponenten einer in die Zukunft gerichteten sozialen und innovativen Kommune gänzlich außen vor lässt, wird die SPD-Fraktion diesem Haushalt nicht zustimmen.

Baden-Baden kann besser!